

Vorlage der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats



Stadtverwaltung
WALLDORF

Walldorf, 13.10.2023/hl

Nummer GR 122/2023	Verfasser Herr Pahlen	Az. des Betreffs 056.33	Vorgänge GR 14.02.2006 GR 07.07.2015 HA 12.10.2023
------------------------------	---------------------------------	-----------------------------------	--

TOP-Nr.: 14

BETREFF

Deutschlandticket - Beteiligung an den Ticketkosten für städtische Beschäftigte

HAUSHALTSAUSWIRKUNGEN:

HINZUZIEHUNG EXTERNER

BESCHLUSSVORSCHLAG

Der GR beschließt entsprechend der einstimmigen Empfehlung des Hauptausschusses:

1. Beschäftigte der Stadt Walldorf werden beim Erwerb eines Deutschlandtickets mit 50 % der Kosten finanziell unterstützt, sofern diese sich verpflichten, mindestens 50 v.H. ihrer Fahrten zum Arbeitsplatz mit dem ÖPNV zurückzulegen.
2. Die Bezuschussung der bisherigen Nutzer des Rhein-Neckar-Tickets i.H.v. 45,90 € wird rückwirkend gebilligt.
3. Beschäftigte, die bereits seit dem 1. Mai 2023 das Deutschlandticket haben oder hatten, erhalten nach Vorlage eines Nachweises, den Zuschuss gem. Pkt. 1 rückwirkend.



4. Die Auszubildenden, Praktikanten und Studierenden der Stadt werden in gleicher prozentualer Höhe bei ihrem 365-Euro-Ticket (ebenfalls rückwirkend) unterstützt.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwicklung des Deutschlandtickets über den 31.12.2023 zu verfolgen und den Gemeinderat rechtzeitig bei Änderungen in der Kostenhöhe entsprechend einzubinden.

SACHVERHALT

Seit dem Jahr 2006 bezuschusst die Stadt Walldorf als Arbeitgeber das Rhein-Neckar-Ticket für seine Bediensteten. Da bei Einführung des Job-Tickets der Arbeitgeber für die Gesamtzahl der Beschäftigten einen Zuschuss zu zahlen gehabt hätte, jedoch nur eine sehr geringe Zahl an Beschäftigten tatsächliches Interesse an einem ÖPNV-Ticket hatte, entschied sich der Gemeinderat in seiner Sitzung am 14. Februar 2006 bewusst für eine Bezuschussung des Rhein-Neckar-Tickets.

Die Nutzer des Rhein-Neckar-Tickets werden seitdem in der Höhe finanziell unterstützt, so dass der Eigenanteil des Beschäftigten dem Eigenanteil eines Job-Tickets entspricht. So beteiligte sich die Stadt als Arbeitgeberin am Rhein-Neckar-Ticket (zuletzt 92,50 €) bei den derzeit 10 Nutzern mit einem Betrag i.H.v. 45,90 € (ca. 50 % der Kosten).

Mit Wirkung vom 1. Mai 2023 wurde nun das Deutschlandticket eingeführt. Das Deutschlandticket resultiert aus dem Neun-Euro-Ticket, das im Sommer 2022 angesichts der stark gestiegenen Energiepreise angeboten wurde. Das Deutschlandticket soll finanziell entlasten und gleichzeitig die Attraktivität des ÖPNV deutlich erhöhen, sowie einen Anreiz zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn setzen und somit dazu beitragen, die Klimaziele zu erreichen.

Das Deutschlandticket kostet monatlich 49 € und ist, anders als bisher das Rhein-Neckar-Ticket, monatlich kündbar.

Die Tickets der bisherigen städtischen RN-Tickets-Nutzer wurden vom VRN zum 1. Mai 2023 automatisch auf das Deutschlandticket umgestellt. Bis zur abschließenden Klärung des weiteren Vorgehens erhalten diese Beschäftigten einen Zuschuss, orientiert am RN-Ticket in Höhe von 45,90 €.

Um auch die städtischen Beschäftigten zu motivieren, beim Erreichen ihres Arbeitsplatzes vom Auto auf Bus und Bahn zu wechseln, stellt sich die Frage, inwieweit die Stadt zukünftig das Deutschlandticket fördern möchte.

Grundsätzlich gäbe es aufgrund des 2020 eingeführten § 18a TVöD die Möglichkeit, ein ÖPNV-Ticket tarifgemäß zu fördern. Jedoch würde in diesem Fall das hierfür notwendige Geld aus dem Topf der Leistungsorientierten Bezahlung (LOB) entnommen werden. Sicherlich würde dies nicht auf große Begeisterung der Beschäftigten stoßen, da viele fest mit einer LOB-Zahlung in bisheriger

Größenordnung im Dezember eines jeden Jahres rechnen. Die Verwaltung empfiehlt daher, auch als zusätzliche Wertschätzung an die Beschäftigten, eine Beteiligung am Deutschlandticket zusätzlich, und damit außertariflich, ins Auge zu fassen. Folgende Alternativen stellen sich:

- Da das Deutschlandticket zum Erreichen des städtischen Arbeitsplatzes genutzt werden sollte und innerhalb Walldorf bereits jetzt das Busfahren kostenlos ist, sollte sich das Angebot auf die auswärtigen Beschäftigten beschränken.
- Es sollte jeweils eine Vereinbarung geschlossen werden, in der sich die Beschäftigten, ähnlich der Vereinbarung zum Fahrrad-Leasing, selbstverpflichten, mindestens 50 % der Fahrten zur Arbeit mit dem ÖPNV zurücklegen.
- Da bereits auch der Zuschuss zum RN-Ticket zu ca 50 % gefördert wurde, schlägt die Verwaltung vor, auch das Deutschlandticket mit 50 % zu fördern.

Die Beteiligung des Arbeitgebers an einem ÖPNV-Ticket ist nach § 3 Nr. 15 EStG steuer- und damit auch sozialversicherungsfrei. Bei einer Kostenbeteiligung von 25 % erstattet der Bund einen weiteren Abschlag von 5 %.

Folgende Kosten könnten auf die Stadt bei verschiedenen Prämissen zukommen:

- alle auswärtigen Beschäftigten (ca. 260 Personen) haben Interesse am Deutschlandticket, Kostenbeteiligung von 50 %, alle nutzen das Ticket 12 Monate = 76.440 € p.a.
- alle auswärtigen Beschäftigten (ca. 260 Personen) haben Interesse am Deutschlandticket, Kostenbeteiligung von 100 %, alle nutzen das Ticket 12 Monate = ca. 153.000 € p.a.
- alle Beschäftigten, auch alle Walldorfer (ca. 500 Personen), haben Interesse am Deutschlandticket, Kostenbeteiligung von 50 %, alle nutzen das Ticket 12 Monate = 147.000 € p.a.
- alle Beschäftigten, auch alle Walldorfer (ca. 500 Personen), haben Interesse am Deutschlandticket, Kostenbeteiligung von 100 %, alle nutzen das Ticket 12 Monate = 297.000 € p.a.

Bei der aufgeführten Berechnung wurde der 5-prozentige Abschlag des Bundes unberücksichtigt gelassen. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass zurzeit noch nicht klar ist, ob das Deutschlandticket auch im Jahr 2024 angeboten werden kann, und wenn ja, zu welchem Preis.

Aufgrund fehlender Rechtsgrundlage ist es derzeit nicht möglich, auch unseren Beamten ein Angebot der Kostenbeteiligung des Deutschlandtickets zu unterbreiten.

Da das Interesse an einer Bezuschussung des Rhein-Neckar-Tickets bei unseren Beschäftigten immer sehr überschaubar war (zuletzt 10 Nutzer), geht die Verwaltung nicht davon aus, dass alle Beschäftigten ein gefördertes Deutschlandticket nutzen würden. Um jedoch zu verhindern, dass

Beschäftigte das Ticket nur zur privaten Nutzung beziehungsweise nur auf „Vorratshaltung“ annehmen würden, sollte eine Kostenbeteiligung der Beschäftigten gefordert werden.

Des Weiteren bittet die Verwaltung, die Bezuschussung der bisherigen RN-Ticket-Inhaber in Höhe von 45,90 €, auch für den Zeitraum des Deutschlandticket, bis einschließlich Oktober 2023 rückwirkend zu billigen. Ebenso wird vorgeschlagen eine Abfrage unter den Beschäftigten zu starten, wer im Besitz eines Deutschlandtickets ist oder war und nach Vorlage eines Nachweises einen Zuschuss in gleicher Höhe, wie er vom Gemeinderat für die Zukunft beschlossen wird, auch für die Monate von Mai bis Oktober 2023 zu gewähren. Abschließend wird empfohlen die gleiche prozentuale Beteiligung den bei der Stadt beschäftigten Auszubildenden, Praktikanten und Studierenden für das sogenannte 365-Euro-Ticket zu gewähren.

Vorberatung im Hauptausschuss:

Der HA hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 12. Oktober vorberaten. Er empfiehlt dem Gemeinderat:

- Beschäftigte der Stadt Walldorf werden beim Erwerb eines Deutschlandtickets mit 50 v.H. der Kosten finanziell unterstützt, sofern diese sich verpflichten, mindestens 50 v.H. ihrer Fahrten zum Arbeitsplatz mit dem ÖPNV zurückzulegen.
- Die Bezuschussung der bisherigen Nutzer des Rhein-Neckar-Tickets i.H.v. 45,90 € wird rückwirkend gebilligt.
- Beschäftigte, die bereits seit dem 1. Mai 2023 das Deutschlandticket haben oder hatten, erhalten nach Vorlage eines Nachweises, den Zuschuss gem. Pkt. 1 rückwirkend.
- Die Auszubildenden, Praktikanten und Studierenden der Stadt werden in gleicher prozentualer Höhe bei ihrem 365-Euro-Ticket (ebenfalls rückwirkend) unterstützt.
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwicklung des Deutschlandtickets über den 31.12.2023 zu verfolgen und den Gemeinderat rechtzeitig bei Änderungen in der Kostenhöhe entsprechend einzubinden

Matthias Renschler
Bürgermeister